

An den Vorsitzenden des Ausschusses für  
Soziales und Senioren

Herrn Michael Paetzold

An den Oberbürgermeister

Herrn Jürgen Roters

Haus Neuerburg

Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln

Postanschrift:

Postfach 103564 · 50475 Köln

Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841

E-mail: [DieLinke@stadt-koeln.de](mailto:DieLinke@stadt-koeln.de)

Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 09.09.2015

**AN/1365/2015**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Soziales und Senioren	17.09.2015

**Abweisungen von unerlaubt eingereisten Geflüchteten**

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Paetzold,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschuss für Soziales und Senioren zu setzen:

Ende letzten Jahres wandte sich eine Flüchtlingsinitiative an die Ratsfraktion und wies darauf hin, dass ca. 8 Geflüchteten ein Unterbringungsplatz verwehrt würde. Der Fall konnte in Zusammenarbeit mit der Amtsleitung sehr schnell und unbürokratisch gelöst werden.

Inzwischen gibt es aber wieder Beschwerden von Flüchtlingsinitiativen, dass sogenannte „unerlaubt eingereiste“ Geflüchtete beim Wohnungsamt in Kalk keinen Wohnplatz erhalten.

Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE folgende Fragen:

1. Wieviel unerlaubt eingereiste Geflüchtete
  - a. haben im Wohnungsamt vorgesprochen?
  - b. wurden in städtischen Flüchtlingsheimen untergebracht?
  - c. wurden abgewiesen?

Bitte Zahlen aus 2015 nennen und diese nach Monaten aufschlüsseln.

2. Aus welchen Ländern kommen diese Personen jeweils?

3. Wie viele der abgewiesenen Personen haben sich daraufhin an Verwaltungsgerichte gewandt und wie hoch ist deren Erfolgsquote?

Bitte aufschlüsseln nach:

- a. Abhilfe durch Entscheidung der VG
  - b. Abhilfe durch Unterbringung ohne Entscheidung der VG
4. Warum weist die Verwaltung diese Personen ab, obwohl auch unerlaubt eingereiste Geflüchtete einen Anspruch nach dem Gesetz über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge § 1, Abs. 3 haben, menschenwürdig untergebracht zu werden?

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein

Fraktionsgeschäftsführer